



BASELBIETER FREISINN

Baselland Interview	2/3/4/5/6/7 10/11	Porträt Delegiertenversammlung	12 14/15	Unter Freisinnigen Abstimmungen	18 19	NEIN zur Minder-Initiative FDP International	20/21/22 23
------------------------	----------------------	-----------------------------------	-------------	------------------------------------	----------	---	----------------

2. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

Inhalt

Generationensolidarität im Arbeitsalltag

Durch die steigende Lebenserwartungen müssen immer weniger Erwerbstätige für die Rente von immer mehr älteren Personen aufkommen. Um die Finanzierung der Sozialwerke langfristig zu sichern, müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Welche Massnahmen die FDP zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation für die über 55-Jährigen ergreifen will, lesen Sie auf

[Seite 9](#)

Delegiertenversammlung

Am 2. Februar trafen sich die Delegierten der FDP Schweiz in Zürich zu ihrer ersten Versammlung im Jahr 2013. Dabei verabschiedeten sie nicht nur ein Papier zur Infrastrukturpolitik der FDP, sondern fassten auch die Nein-Parole zur Revision des Raumplanungsgesetzes. Eindrücke der Delegiertenversammlung finden Sie auf den

[Seiten 14 und 15](#)

NEIN zur Minder-Initiative

Im «Freisinn» kreuzen Gabi Huber und Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) die Klinge hinsichtlich der Minder-Initiative. Die FDP-Fraktionspräsidentin setzt sich weiterhin vehement für den indirekten Gegenvorschlag ein. Ihre Argumente finden Sie auf den

[Seiten 20 und 21](#)

Thomas Weber

Der Wunschkandidat

Nachdem die Baselbieter SVP am 9. Januar bekannt gab, mit Thomas Weber ins Rennen um den frei werdenden bürgerlichen Sitz von FDP-Finanzdirektor Adrian Ballmer stei-

gen zu wollen, präsentierte sich der SVP-Landrat der FDP-Basis am Neujahrsapéro vom 14. Januar in den Hanro-Gebäuden in Liestal. Der Baselbieter Freisinn sprach am Rand der

Veranstaltung mit Thomas Weber, der von FDP-Parteipräsidentin Christine Frey zuvor als «Wunsch Kandidat» der Freisinnigen bezeichnet worden war.

[Interview auf Seite 2](#)



Thomas Weber, Regierungsratskandidat.

Interview mit Thomas Weber

Der Wunschkandidat

Thomas Weber, weshalb sollten Freisinnige Sie wählen?

Wenn ich abwägen muss zwischen den Werten Sicherheit und Freiheit, wähle ich in der Regel die Freiheit. Das ist mir sehr wichtig. Und es ist auch schon vorgekommen, dass sich dies nicht mit der Parteilinie gedeckt hat. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Stärken des Individuums, das eigenverantwortlich handelt, im Politbetrieb gefördert werden sollten. Das betrifft sowohl Unternehmen als auch kleine Gemeinden. Ich sehe gerade auch im Landrat, dass die Argumentationen der FDP-Fraktion sehr oft praktisch deckungsgleich sind mit meinen Voten.

Da könnten Sie ja auch die Partei wechseln, oder nicht?

Ich komme aus einem bäuerlich geprägten Umfeld und bin seit Mitte der 80er-Jahre in der SVP – bei der schon mein Vater Mitglied war. Die Partei entspricht mir also sehr gut, und sie ist mir historisch am nächsten. Aber in der Tat, bei vielen Themen sehe ich mich in der gleichen Position wie die FDP. Und die FDP ist mir von allen

Parteien – ausser der SVP – sicher am nächsten.

Ein zentraler Diskussionspunkt am Sonderparteitag der FDP war das Thema «Hardliner». Warum weckt die SVP aus Ihrer Sicht hier gewisse Ängste bei den Liberalen?

Ich denke, das kommt noch aus einer Zeit, die aus meiner Sicht hinter uns liegt. Es war jene Zeit, in der die SVP stark polarisierend aufgetreten ist, insbesondere auf Bundesebene. Das zeigte sich etwa daran, dass die Partei Ständeratskandidaten aufgestellt hat, die – offensichtlich – nicht mehrheitsfähig waren. Wir werden als bürgerliche Parteien im Baselbiet gegen die Linke nur dann Erfolg haben, wenn wir uns auf die gemeinsamen bürgerlichen Werte besinnen und die Reihen schliessen – dies bei allen Differenzen, die es naturgemäss zwischen den drei bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP gibt. Das ist ja nichts Schlechtes. Deswegen gibt es unterschiedliche Parteien. Aber die gemeinsame Basis ist entscheidend. Das zeigt unsere gute Zusammenarbeit im Landrat und in der Baselder Politik insgesamt.

Nennen Sie uns ein Beispiel.

Beim Thema Familienexterne Kinderbetreuung, FEB, etwa, da haben die Bürgerlichen sehr erfolgreich Seite an Seite gekämpft. Dies zum einen im Rahmen des überparteilichen Komitees unter Leitung der SVP, das ich präsidieren durfte. Zum anderen flankierte die FDP mit ihren FEB-Initiativen diese Aktivitäten. Aus diesem Schulterchluss heraus entstand eine gute Lösung. Dies ist für



Thomas Weber

mich die neue Richtung und der neue Stil der Kooperation unter den Bürgerlichen.

Wie wollen Sie eine breite Bevölkerung ansprechen?

Ich werde klar aufzeigen, dass ich ein Brückenbauer bin, der Kompromisse schliessen und gegen aussen vertreten kann. Wir brauchen im Kanton Baselland wieder eine Aufbruchstimmung. Ich möchte helfen, den Kanton vorwärtszubringen. Wir haben im Baselbiet hervorragende Voraussetzungen mit dem urbanen, pulsierenden Unterbaselbiet und mit dem schönen Oberbaselbiet mit seinen Naherholungs- und Landwirtschaftsräumen. Zudem verfügen wir über eine sehr starke KMU-Wirtschaft, die über das ganze Baselbiet verteilt ist. Nun geht es darum, die von der Regierung angegangene Wirtschaftsförderungsoffensive rasch und dynamisch umzusetzen. Dafür möchte ich mich einsetzen.

SP-Kandidat Eric Nussbaumer gilt als Ökologie- und Energiespezialist, GLP-Kandidat Gerhard Schafroth positioniert sich als Spezialist für Finanzen.

Fachspezialisten gibt es in der Verwaltung. Was wir heute in der Regierung brauchen, ist weder ein Energiefachmann noch ein Buchhalter. Beim Amt des Finanzdirektors handelt es sich um eine generalistische, anspruchsvolle Führungsaufgabe mit vielen Querschnittsfunktionen. Neben den Finanzen gibt es da noch das Personalwesen, die Informatik und auch das Amt für Statistik. Hier geht es auch um den Finanzausgleich.

A propos: Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen dem Kanton und den Gemeinden?

Die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden sind so aufzuteilen, dass die Gemeinden gestärkt werden. Dabei ist es aus Effizienzgründen ebenso falsch, bestehende Strukturen zu zementieren, wie es politisch falsch ist, Fusionen zu erzwingen. Neben der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden sowie zwischen den Kantonen der Nordwestschweiz soll auch die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung mit elsässischen und südbadischen Gemeinden in grenzüberschreitenden Partnerschaften schrittweise optimiert werden.

FDP
Die Liberalen

Nein zur Minder-Initiative!

Weil die Minder-Initiative...

- ... zum strengsten Aktienrecht weltweit führt.
- ... den attraktiven Wirtschaftsstandort Schweiz gefährdet.
- ... Abzockerei nicht verhindert.
- ... unnötige und teure Bürokratie verursacht.

Ja zum indirekten Gegenvorschlag!

Weil der indirekte Gegenvorschlag...

- ... den Aktionären effektiv mehr Rechte gibt.
- ... wirtschaftsverträglich ist.
- ... besser gegen überrissene Boni wirkt.
- ... schneller gegen überrissene Boni wirkt.

www.fdp.ch/minder-nein

Familien sollen entlastet werden, das hilft mehr als zusätzliche Bürokratie

Die Verankerung des Familienartikels in der Verfassung ist gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Anstatt die Familien zu entlasten, ist der Effekt eine steigende Belastung und Einschränkung. Das Problem, dass vor allem junge Familien Entlastung brauchen, ist ernst zu nehmen!

«Die Belastung durch das Kind und den Haushalt teilen sich beide.»

Das Problem unserer jungen Familien ist real. Es ist das 200-Prozent-Problem: Vor der Familiengründung geht ein Paar normalerweise zu 200 Prozent einer Erwerbsarbeit nach. Wer ein vernünftiges Einkommen erzielen will, damit eine Familie über die Runden kommt, lebt meist in einem Modell, in dem beide Ehepartner auch nach der Geburt des Kindes einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Üblicherweise arbeitet dann ein Partner mindestens zu 80 Prozent und der andere nochmals zu mindestens 60 Prozent. Zusammen ergeben sich so 140 Prozent für den Einkommenserwerb. Die Belastung durch Kind und Haushalt teilen sich beide. Viele junge Familien merken schnell: Das reicht meist nicht, real braucht ein Haushalt mit Kind mehr Zeit – viele Paare behelfen sich mit einem Reinigungsunternehmen, geben Wäsche in eine Reinigung, greifen auf Eltern und Verwandte zurück usw.

Wenn nun ein zweites Kind hinzukommt, steigt die Arbeitsbelastung aufgrund von Familie, Haushalt und Kindern erheblich. Oftmals übersteigt die Belastung dann das, was geleistet werden kann. Eine Reduktion der Erwerbstätigkeit liegt finanziell nicht drin, denn die Familie braucht mehr Wohnfläche und kann auch auf das Zusatzeinkommen nicht verzichten. Um dieser Problematik zu begegnen,

gibt es nun zwei Lösungsansätze: Entweder beide Eltern reduzieren ihre Erwerbsleistung, oder es kommt externe Unterstützung hinzu.

Das erste Modell der Reduktion der Erwerbsleistung ist nur praktikabel, wenn die finanzielle Belastung der Familie sinkt: zum Beispiel durch tiefere Einkommenssteuern. Gleichzeitig müssen Betriebe flexiblere Modelle bezüglich Arbeitszeitmodellen und Teilzeitarbeit anbieten. Dies ist eine Verantwortung der Wirtschaft. Gelingt es, die Belastung einer vierköpfigen Familie für die Eltern erträglich zu halten, dann ist eine nachhaltige Familienpolitik geschaffen.

«Familien können sich eigentlich nicht mehr gegen eine Fremdbetreuung entscheiden, ohne in ein Armutsrisiko zu laufen.»

Das zweite Modell, welches nun auch in der Schweiz propagiert wird, ist eine Entlastung der Familien durch den Staat, zum Beispiel durch die Schaffung der Ganztagesbetreuung. Nun ist es so, dass es Staaten gibt, die diese Modelle verwirklicht haben: Frankreich und Schweden sind zwei Beispiele dafür. Dort zeigt sich auch exemplarisch, wie sich diese Modelle negativ auswirken. Für französische und schwedische Familien ist es die Regel, dass beide Ehepartner Vollzeit arbeiten und die Kinder fremdbetreut sind. Viele Eltern würden aber gerne mehr Zeit mit der Familie verbringen und sich stärker um die Kinder kümmern. Die Paare haben aber eigentlich keine Wahl, denn wenn die finanzielle Grundlage für sie stimmen soll, dann müssen beide Partner voll arbeiten. Ein Grund ist die hohe steuerliche Belastung in diesen Ländern. Gerade

auch die Modelle der Ganztagesbetreuung dürften eine kostentreibende Rolle spielen und mitverantwortlich sein für die hohe Steuerlast in diesen Ländern. Hinzu kommt, dass es nie optimal planbar ist, wie viele Betreuungsplätze vom Staat vorgehalten werden müssen. Zu den Infrastrukturkosten kommen überdies relativ hohe Kosten für das Personal und die mit der Umsetzung verbundene Bürokratie. Die Last dieser teuren Art, die Gesellschaft zu organisieren, muss dann wieder von denen getragen werden, die Steuern zahlen – also wiederum von den Familien mit Einkommen. Das Ergebnis dieses Modells: Familien haben gar keine Möglichkeit, sich gegen eine Fremdbetreuung zu entscheiden, ohne in ein Armutsrisiko zu laufen.

Der offen formulierte Familienartikel ist deshalb eine eigentliche Mogelpackung: Versprochen wird, dass die Familie einen höheren Stellenwert erhalten soll. Fakt ist, dass man systematisch die Wahl-

«Wahlfreiheit und Entlastung sind ein Garant für eine nachhaltige Förderung der Familien.»

freiheit des Lebensmodells von Familien einschränken will und Gleichförmigkeit fördert. Der Familienartikel ist, zugespitzt formuliert, der erste Schritt auf dem Weg zu einer Schweiz,



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.

in der Kinder fremdbetreut werden und die Eltern Vollzeitverdiener sein müssen.

Der richtige Weg wäre, die Belastung von Familien so zu reduzieren, dass mit einem Erwerbseinkommen von 100 Prozent eine Familie mit zwei Kindern gut leben und sich entscheiden kann, ob sie auf Fremdbetreuung verzichten oder ein Modell der Fremdbetreuung wählen will, in dem dann beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Es ist dabei nicht entscheidend, welcher Partner wie viel arbeitet. Wahlfreiheit und Entlastung sind die Garantien für eine nachhaltige Förderung der Familien. Ein solches Modell wäre innovativ und mutig und würde den Stellenwert der Familie massiv stärken.

Volksinitiative vom 26. Februar 2008 «gegen die Abzockerei»

Ziele dieser Vorlage

Die Initiative will die Managerlöhne senken und Abgangsentschädigungen verbieten, indem sie den Aktionären mehr Rechte einräumt.

Was wird geändert?

Die Aktionäre bestimmen über die Gesamtsumme der Vergütungen von Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Beirat an der Generalversammlung. Sie können auch elektronisch fern abstimmen. Organ- und Depotstimm-

rechtsvertretungen sind untersagt. Pensionskassen müssen im Interesse ihrer Versicherten stimmen und offenlegen, wie sie gestimmt haben. Abgangsentschädigungen, Vorausvergütungen und Prämien für Firmenkäufe und -verkäufe werden verboten sein.

Argumente dafür

- › Überrassene Löhne und Boni werden verhindert, da die Aktionäre darüber abstimmen können.
- › Mit der Abschaffung von Depot-

und Organstimmrechtsvertretungen werden die Rechte der «echten» Aktionäre gestärkt.

- › Die jährliche Wahl des Verwaltungsrates stellt ein schnelles Feedback auf dessen Arbeit sicher.
- › Die Einschränkung der Anzahl Beschäftigungen ausserhalb der Unternehmung beugen Interessenskonflikten besser vor.

Argumente dagegen

- › Da es keine Maximalbeträge gibt,

werden überrasene Löhne und Boni nicht verhindert.

- › Das Verbot der Organ- und Depotstimmrechtsvertretung schränkt die Entscheidungsfreiheit der Aktionäre ein.
- › Die jährliche Wahl des Verwaltungsrates fördert kurzfristiges Denken und risikoreiche Investitionen.
- › Heutige Vergütungssysteme verfolgen das Ziel, die erbrachten Leistungen des Managements zu vergüten und zu hohen Löhnen vorzubeugen.

Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik

Ziele dieser Vorlage

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie sollen verbessert werden.

Was wird geändert?

Das Ziel der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird in der Verfassung verankert. Die Kantone sollen dafür sorgen, dass genügend familienergänzende Tagesstrukturen

bereitgestellt werden, zum Beispiel Kinderhorte oder Mittagstische. Wenn die Bestrebungen der Kantone nicht ausreichen, soll der Bund Grundsätze festlegen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

Argumente dafür

- › Kindertagesstätten wirken sich positiv auf die Entwicklung der Kinder aus.
- › Die Vorlage nützt der Wirtschaft und

führt zu höheren Steuereinnahmen.

- › Mehr Paare können sich für Kinder entscheiden.
- › Der Verfassungsartikel würdigt die gesellschaftliche Bedeutung der Familie.
- › Die Gleichstellung von Mann und Frau wird gefördert.

Argumente dagegen

- › Die Vorlage schwächt die Eigenverantwortung der Familie.

› Die Fremdbetreuung der Kinder ist nicht im Sinne einer guten und langfristigen Familienpolitik.

- › Die Vorlage steht im Widerspruch zum freien Markt.
- › Die Souveränität der Kantone und der Gemeinden wird geschwächt.
- › Die Vorlage hat mit Sicherheit hohe Kosten zur Folge.

Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung

Ziele dieser Vorlage

Die Zersiedelung soll gebremst werden, indem weniger neues Bauland eingezont wird und dafür bestehende Siedlungsflächen viel dichter bebaut werden.

Was wird geändert?

Es gibt strengere Regeln vom Bund für Kantone und Gemeinden, um neues Bauland zu schaffen. Bestehende Bauzonen, welche zu gross sind, müssen verkleinert werden.

Gewinne bei Einzonungen in Bauland müssen vom Besitzer des Landes zu mind. 20 Prozent versteuert werden («Mehrwertabgabe»). Kantone können

Besitzer von Bauland zwingen, dieses zu überbauen.

Argumente dafür

- › Das Kulturland wird geschützt, weil bestehende Siedlungsflächen intensiver genutzt werden.
- › Die Mehrwertabgabe ist gerecht, weil der Besitzer des Landes Gewinn macht, ohne dafür eine Leistung erbringen zu müssen.
- › Die Schweiz wird attraktiver für Unternehmen, weil die Leute enger beieinander wohnen und die Unternehmen sowie der öffentliche Verkehr mehr Kunden erreichen können.

› Die Miet- und Bodenpreise steigen nicht, weil es immer noch so viel Bauland gibt, wie nachgefragt wird.

Argumente dagegen

- › Künstliche Verknappung des Baulands heizt Bodenpreise an. Höhere Bodenpreise bedeuten höhere Mieten und akuter Wohnungsmangel. Weiterer Anstieg der Mietkosten durch Abwälzung der Mehrwertabgabe auf Mieter.
- › Die Kantone müssen Bauland zurückzonen und die Besitzer entschädigen. Dies bedeutet hohe Kosten und unnötige Bürokratie für die Kantone. Die neue Mehrwertabgabe

reicht nicht aus. Entschädigungspflicht des Staates (37 Milliarden Franken!)

- › Rückzonung bedeutet Enteignung.
- › Die Kantone und Gemeinden werden vom Bund bevormundet. Auf der lokalen Ebene kann man bessere Lösungen gegen die Zersiedelung finden.
- › Der Verwaltungsaufwand für Kantone und Gemeinden steigt, weil der Bund mehr Vorgaben macht.
- › RPG-Revision bringt neue Zwangsabgabe (Mehrwertabgabe von 20 Prozent für Planungsmehrwerte; Bund schreibt Verwendungszweck vor).

Die Parolen der FDP Baselland zu diesen Vorlagen finden Sie unter www.fdp-bl.ch

Nichtformulierte Volksinitiative vom 22. Juni 2012 «Ja zu Wildenstein und Schloss Bottmingen» und Gegenvorschlag des Regierungsrats vom 13. Dezember 2012

Ziele dieser Vorlage

Die Kulturgüter Schlossgut Wildenstein und Schloss Bottmingen sollen geschützt werden.

Was wird geändert?

Bei Annahme der Initiative ist der Landrat dazu verpflichtet, ein Gesetz zu entwerfen, welches die Anliegen der Initiative umsetzt. Die Initiative verlangt, dass das Schlossgut Wildenstein und das Schloss Bottmingen langfristig vom Kanton in Stand gehalten werden. Zudem müssen beide Objekte für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben. Deshalb darf der Kanton keines der beiden Objekte veräussern.

Argumente dafür

- › Die beiden Objekte sind kulturhistorisch bedeutende Bauten und zudem wichtige Naherholungsgebiete.
- › Der Kanton hat die Verantwortung, sie angemessen zu erhalten und zu schützen.
- › Zur Abgabe der Objekte braucht es

in Zukunft einen Volksentscheid. Zudem darf das Schloss Wildenstein nicht in einzelnen Teilen abgegeben werden.

Argumente dagegen

- › Der Kanton muss weiterhin Unterhalt und Investitionen bezahlen (zirka 20 Millionen Franken in zehn Jahren).
- › Die Initiative verhindert die separate Übertragung von Hofgut und Schloss Wildenstein. Dies wäre allenfalls nötig, da die Basellandschaftliche Kantonbank bzw. die Christoph Merian Stiftung Interesse am Unterhalt von Schloss bzw. Hof bekundet haben.

Der Gegenvorschlag will die Anliegen der Initiative umsetzen und im gleichen Zug die Kantonsfinanzen entlasten.

Was wird geändert?

Der Kanton darf das Hofgut und das

Schloss Wildenstein einzeln übergeben. Das Schloss Bottmingen darf als Ganzes übergeben werden. Nur Stiftungen dürfen die Objekte erwerben. Die neuen Besitzer müssen die Schlösser unterhalten und diese weiter der Öffentlichkeit zugänglich machen. Der Kanton, die Standortgemeinden und im Fall Wildenstein auch der Verein «Freunde von Schloss Wildenstein» behalten ein Mitbestimmungsrecht. Zu den obigen Bedingungen wollen die Basellandschaftliche Kantonbank (BLKB) das Schloss Wildenstein und die Christoph Merian Stiftung (CMS) das Hofgut Wildenstein finanzieren und unterhalten. Für das Schloss Bottmingen wurden bisher keine Interessenten gefunden.

Argumente dafür

- › Der Kanton spart bei der Abgabe beider Objekte in den nächsten zehn Jahren rund 20 Millionen Franken bei Unterhalt und Investitionen.
- › Die Objekte werden weiterhin unter-

halten und der Öffentlichkeit zugänglich bleiben. Der Kanton, die Gemeinden und die Interessengruppe haben ein Mitspracherecht.

- › Die CMS hat langjährige Erfahrung im nachhaltigen und ökologischen Unterhalt von Landwirtschaftsbetrieben.

Argumente dagegen

- › Das Schloss und das Hofgut werden getrennt.
- › Die Trennung von Hofgut und Schloss Wildenstein ist nur auf die BLKB und die CMS ausgelegt. Eventuell gibt es aber Interessenten, die das Ganze übernehmen wollen.
- › Denkmalpflege und Ähnliches müssen laut Verfassung vom Kanton gehandhabt werden.
- › Erfahrung im ökologischen Unterhalt ist nicht ein Vorteil, sondern Grundvoraussetzung für jeden Besitzer.

Änderung vom 29. November 2012 der Kantonsverfassung (Erhebung Gasttaxe)

Ziele dieser Vorlage

Der Tourismus im Baselbiet soll attraktiver werden. Der Kanton finanziert verschiedene Projekte, indem er neu eine Gasttaxe von auswärtigen Gästen erhebt.

Was wird geändert?

Der Kanton Baselland erhebt neu eine Gasttaxe mit folgenden Eigenschaften: Die Taxe beträgt pro Übernachtung und Gast 3.50 Franken und wird vom übernachtenden Gast bezahlt. Die Gasttaxe wird von den erhebungspflichtigen Betreibern der gewerblichen Beherbergungsbetriebe (Hotellerie und Parahotellerie) erhoben. Ein Teil des Reinertrags wird in Form

eines Mobility-Tickets (ÖV) und weiterer Vergünstigungen unmittelbar den Gästen zugutekommen. Die Erhebung der Gasttaxe führt für den Kanton zu keinen zusätzlichen budgetrelevanten Ausgaben.

Argumente dafür

- › Durch die Vergünstigungen wird das touristische Angebot im Baselbiet attraktiver und wettbewerbsfähiger.
- › Von der verbesserten Angebotsgestaltung profitieren nicht nur die Gäste, sondern auch die ortsansässige Bevölkerung.
- › Das Mobility-Ticket war in der Stadt Basel ein grosser Erfolg. Kantone, die kein solches Ticket anbieten,

sind im Nachteil, da dies von den Gästen mehr und mehr erwartet wird.

Argumente dagegen

- › Für die Erhebung der Taxe entsteht ein administrativer Aufwand. Ein Teil der Steuereinnahmen wird dadurch bereits wieder verbraucht.
- › Die Leistungen aus der Gasttaxe können viele Gäste gar nicht gebrauchen. Zudem wird vom Reinertrag von rund 1 Million Franken mehr als die Hälfte für das Mobility-Ticket verbraucht.
- › Für die Hotels entsteht ein administrativer Aufwand, der nicht entschädigt wird.



Neujahrsapéro der FDP Baselland ...

Rund 180 Mitglieder und Gäste sind zum diesjährigen Neujahrsapéro der FDP Baselland erschienen. Zu diesem Anlass im Raum 36 des Hanro-Areals in Liestal hat die FDP-Parteipräsidentin Christine Frey auch den Regierungsratskandidaten Thomas Weber (SVP) sowie die beiden Parteipräsidenten Sabrina Mohn (CVP) und Oskar Kämpfer (SVP) eingeladen. Bei einem ausgedehnten Apéro riche in gediegenem Ambiente boten die gehörten Grussbotschaften den Anwesenden reichlich Gesprächsstoff.



Aufmerksame Zuhörer am Neujahrsapéro 2013.



Christoph Buser, Direktor Wirtschaftskammer, mit Andreas Büttiker, BLT.



Christine Frey, Parteipräsidentin FDP.



Oskar Kämpfer, Parteipräsident SVP.



Liselotte Gröflin mit RP Sabine Pegoraro und Dominik Beurret.



Sabrina Mohn (CVP), Oskar Kämpfer (SVP), Thomas Weber (SVP), Christoph Buser (FDP), Christine Frey (FDP) und Anton Lauber (CVP).

... am 14. Januar 2013 in Liestal

Die zahlreich erschienenen Mitglieder diskutierten die überparteilichen Grussbotschaften. Dabei nutzte SVP-Landrat Thomas Weber die Gelegenheit, sich als fähigen Regierungsratskandidaten aller Bürgerlichen zu positionieren. Besonders deutlich strich er dabei seine Konsens- und Teamfähigkeit hervor.



Susanne Schindler, Geschäftsführerin FDP Baselland, mit Michael Herrmann, Landrat, und Sandra Guex, Eventorganisation FDP Baselland.



Daniel Schindler mit Paul Schär, Thomas Weber und Dölf Brodbeck.



Mitglieder der Sektion Pratteln mit Sektionspräsident Stefan Löw.



Mitglieder der Sektion Gelterkinden mit Regierungsratskandidat Thomas Weber und Parteipräsidentin Christine Frey.



Sabrina Mohn, Parteipräsidentin CVP.



Regina Vogt, Landrätin.



Peter Meier, alt Kantonsgericht Präsident, mit Peter Issler, Architekt.